Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► **Regierungsratsbeschluss vom 18. September 2012**

P121157

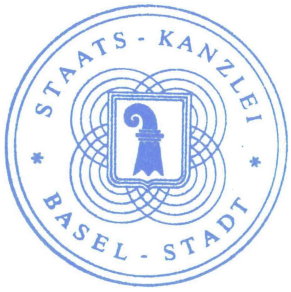
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB); Leistungsauftrag der Trägerkantone BS/BL, Personalrecht und Personalpolitik

://: 1. Der Regierungsrat erteilt der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) gestützt auf § 11 Abs. 2 BVG- und Stiftungsaufsichtsvertrag vom 14. Juni 2011 den Leistungsauftrag in der Form wie er vom Verwaltungsrat der BSABB im Entwurf erarbeitet und dem Regierungsrat mit Schreiben vom 6. Juli 2012 unterbreitet wurde für den Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015.

2. Der Regierungsrat erklärt gestützt auf § 1 Abs. 3 Personalgesetz vom 17. November 1999 (SG 162.100) die §§ 16 Abs. 2 sowie 40-43 Personalgesetz für die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) für anwendbar.

3. Der Regierungsrat genehmigt den Anhang zur Geschäftsordnung des Verwaltungsrates vom 8. Mai 2012 betreffend Entschädigungsregelung des Verwaltungsrates.

Begründung

Gestützt auf den Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel vom 14. Juni 2011 besteht seit dem 1. Januar 2012 unter dem Namen „BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)“ eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Vertragskantone mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Basel. Die Regierungen der Vertragskantone haben durch übereinstimmende Beschlüsse der BSABB einen Leistungsauftrag für den Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015 erteilt, welcher die Voraussetzungen der gesetzlichen Aufsicht, die übergeordneten Sachziele sowie die Indikatoren zur Leistungsmessung

festgelegt. Zudem haben die Regierungen der Vertragskantone durch übereinstimmende Beschlüsse und gestützt auf § 1 Abs. 3 Personalgesetz vom 17. November 1999 die §§ 16 Abs. 2 sowie 40-43 Personalgesetz für die BSABB für anwendbar erklärt.